

MdB Tobias Pflüger
Mitglied des Deutschen Bundestags



Wahlkreisbüro Freiburg
Karlstr. 10
79104 Freiburg
Tel: 0761-29280730

tobias.pflueger.ma05@bundestag.de
www.tobias-pflueger.de

Erklärung gegen die restriktive Einbürgerungspraxis bei kurdischstämmigen Menschen in Deutschland

Die politischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik in der Türkei sind zumeist bekannt. Weniger bekannt ist, wie die Organe der Bundesrepublik in fast jede kurdische Familie in Deutschland die repressive Orientierung der türkischen Regierung hineinträgt.

Eine bekannte Spielart dieses Vorgehens gegen politisch aktive Kurd*innen ist die Verweigerung des Antrags auf Einbürgerung, wie aktuell im Fall des kurdischen Aktivisten und Familienvaters Mustafa C. in Freiburg. Als Kind war dieser mit seinen Eltern vor der Verfolgung in der Türkei nach Deutschland geflohen. Hier wird er nun, obwohl gut integriert, zum zweiten Mal Opfer von gegen Kurd*innen gerichteten Maßnahmen. Obwohl sehr häufig, werden diese Fälle nur selten öffentlich, da viele Betroffene vor den Kosten des Rechtswegs zurückschrecken. Als Begründung wird meistens die angebliche Nähe zur PKK angeführt, oftmals vermeintlich bewiesen lediglich durch Teilnahme an genehmigten Demonstrationen oder Kulturveranstaltungen oder der Tätigkeit in eingetragenen Vereinen der kurdischen Community. Dieses Vorgehen kommt seit Jahren einer Einschränkung der Meinungsfreiheit für politisch aktive kurdische Mitmenschen gleich und verbreitet eine große Unsicherheit unter ihnen. Menschen, die teilweise seit Jahrzehnten in Deutschland leben und arbeiten, wird aufgrund ihres kurdischen Migrationshintergrunds die gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe verwehrt. Damit werden sie nach den Erfahrungen in der Türkei abermals zu Betroffenen staatlicher Benachteiligung und Ausgrenzung.

Die Situation der Opposition in der Türkei hat sich im vergangenen Jahrzehnt massiv verschlechtert. Eine große Zahl Oppositioneller ist in Haft, darunter dutzende Journalist*innen wegen kritischer Berichterstattung, aber auch kritische Bürger*innen, beispielsweise auf Grund von Posts in den sozialen Medien. Am schlimmsten trifft es die linke, prokurdische „Demokratische Partei der Völker“ (HDP), nach deren Angaben in den vergangenen Jahren Tausende ihrer Mitglieder, auch demokratisch gewählte Mandatsträger verhaftet wurden. Nach den Erfolgen der HDP bei den jüngsten Kommunalwahlen in den kurdisch geprägten Gebieten der Türkei wurden vielerorts kurzerhand die gewählten Bürgermeister*innen wieder abgesetzt und durch AKP-Funktionäre ersetzt. In ihrem Kampf gegen die kurdische Bewegung legte die AKP/MHP-Regierung im Jahr 2015 im Südosten der Türkei ganze Städte in Schutt und Asche. Zuletzt marschierte der türkische Staat mit der Unterstützung islamistischer Milizen völkerrechtswidrig in

die kurdischen Gebiete in Nordsyrien ein und zwang damit Hunderttausende zur Flucht. All dies geschieht unter dem Deckmantel des Vorgehens gegen die als „Terrororganisation“ bezeichnet „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK).

Statt ob solcher Entwicklungen wirklichen Druck auf die Erdogan-Regierung auszuüben, belässt es die deutsche Bundesregierung bei wohlklingenden Erklärungen und setzt die finanzielle Unterstützung der türkischen Regierung und auch die deutschen Waffenlieferungen in die Türkei fort. Doch auch im eigenen Land macht sie sich zum langen Arm Erdogans. Unter dem Deckmantel des Kampfs gegen den „Terrorismus“, werden auch hier in Deutschland Menschen inhaftiert, denen eine Nähe zur PKK unterstellt wird, finden Hausdurchsuchungen bei kurdischen Aktivist*innen statt und werden Symbole und Parolen der kurdischen Bewegung verboten und verfolgt. Im Februar 2019 wurde sogar ein kurdischer Verlag von der Polizei gestürmt, verboten und kurdische Literatur beschlagnahmt.